

Zu meiner Person

Geboren wurde ich 1982 in Berlin-Treptow, wo ich bis zu meinen 25. Lebensjahr lebte. Nach meiner Lehre zum Zimmerer absolvierte ich über die Abendschule und den zweiten Bildungsweg das Fachabitur. Im Oktober 2007 nahm ich ein Studium (Politikmanagement) an der Hochschule Bremen auf.

Seit Beginn meines Studiums vor dreieinhalb Jahren arbeite ich im Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA) als Referent für Hochschulpolitik. Neben dieser Tätigkeit bin ich seit 2008 Studierendenvertreter im Verwaltungsrat des Bremer Studentenwerks und dort seit August 2008 stellvertretender Vorsitzender. In die PDS bin 2004 eingetreten und seither sowohl in der Partei als auch in der Linksjugend [l'solid] aktiv.

Neben meinem politischen Engagement in Institutionen, wie dem AStA der Hochschule und der Partei DIE LINKE, habe ich in Bremen das autonome Politikverständnis kennen und schätzen gelernt. Direkte Aktionen, direkte Willensformulierung und direktes Anpacken – so macht man sich die Welt, wie sie einem gefällt. Do It Yourself. D.I.Y.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

Bremen braucht einen radikalen Wechsel. Einen Wechsel vor allem in dem Verständnis von Politik. Zu oft wird mit der Stimme an der Wahlurne jeglicher politischer Einfluss abgegeben. Politik ist mehr als Partei und Parlament, mehr als Stimmen und Sitze. Weil sie immer und überall das Leben eines jeden Menschen bestimmt, ist sie vor allem eins – lebendig. Deshalb will ich während der gesamten Legislaturperiode zusammen mit Menschen an Projekten arbeiten, die unser Lebensumfeld zum Besseren hin verändern. Nicht als Stellvertreter, sondern als Partner, der nicht seinem Gewissen, sondern dem Willen seiner Wählerinnen und Wähler verpflichtet ist.

Alexander Georg Keckel
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
alexander-georg.keckel@
dielinke-bremen.de



**Alexander
Georg Keckel:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Jugendliche kennen bereits Perspektivlosigkeit, Leistungszwang, Statuskämpfe, Ohnmacht und die Erfahrung, dass die Stärkeren automatisch Recht haben. Viele Jugendliche kommen auch mit guten Schulerfolgen nur mühsam gegen ihre strukturelle Benachteiligung an. In einer Gesellschaft der massiven sozialen Spaltung beginnt die Selektion spätestens in den Kitas, setzt sich in der Schulauswahl im Stadtteil fort, geht weiter über die Finanzierbarkeit von Ausbildungs- und Studienplätzen und hört beim Berufseinstieg nicht auf.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume. Deshalb sind mehr Jugendfreizeitstätten und jugendkulturelle Einrichtungen unabdingbar. Statt die Fähigkeiten und Interessen der Jugendlichen zu fördern, hat die rot-grüne Regierung in den letzten Jahren die Förderung zahlreicher Jugendeinrichtungen eingeschränkt oder ganz beendet.

Der freie Austausch von Kulturgütern wie Kunst, Musik und Film über das Internet bestimmt die Lebensrealität der heutigen Jugend. Anstatt dieses Verhalten zu kriminalisieren, fordern wir, dass sich der Senat für eine

bundesweite Kulturflattrate einsetzt, die Kunstschaffende entschädigt.

Kunst findet nicht nur in Galerien statt. Graffiti und andere Streetart sind längst in den besten Galerien der Welt angekommen. Doch an den öffentlichen Wänden besteht kein legaler Raum dafür, obgleich Werbung fast überall erlaubt ist. Die Nutzung des öffentlichen Raums darf aber nicht nur kommerziellen Interessen dienen. Deshalb braucht Bremen ausreichend öffentliche Wände, Flächen und Räume für Kunst auf der Straße.

DIE LINKE fordert die staatlich kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten, unter anderem durch Pilotprojekte. Legalize it!

DIE LINKE setzt sich in Bremen und Bremerhaven für die Sanktionsfreiheit von jugendlichen Hartz-IV-Beziehenden ein. In Bremerhaven wurden 2008 jeder und jedem sechsten aller Jugendlichen, die Hartz IV beziehen, die Leistungen gekürzt (17 Prozent). In Bremen-Stadt waren es acht Prozent der Jugendlichen.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen! Stadtteilbezogene Mittel für die Jugendarbeit und Freizeitheime erhöhen. Ausreichende

Personalversorgung sicherstellen. Für den Ausbau von selbstverwalteten Jugendfreizeitheimen. Mehr kostenlose kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche. Stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen.

2. Mitreden und Mitentscheiden! Konkret: Mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Bürger/innenbeteiligung bei öffentlichen Investitionen, Ausschreibungen und Planungsvorhaben. Rücknahme der Entmachtung der Schulkonferenzen. Paritätische Mitbestimmung an den Hochschulen. Rechte der Beiräte ausbauen, Stärkung der Jugendbeiräte.

3. Solidarische Gesellschaft statt Rassismus und Ausgrenzung! Auf Landesebene: Feste Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem in Bildung und Verwaltung. Interkulturelle Fähigkeiten als hartes Einstellungskriterium. Stopp von Abschiebungen, Kettenduldungen und Arbeitsverboten, langfristige Aufenthaltsrechte sichern. Rote Karte gegen Rechts, den Nazis »keinen Meter«.

